

Kleine Anfrage

Abg. Kaiser, Bartels, Funke,  
Iserlohe, Milde, Theilen,  
Thölke, Zempel (SPD)

Hannover, den 25. 4. 1983

Betr.: Einführung des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) „Wirtschaft und Verwaltung“  
im ehemaligen Verwaltungsbezirk Oldenburg

Nach uns vorliegenden Informationen könnte das BGJ „Wirtschaft und Verwaltung“ im Bereich des ehemaligen Verwaltungsbezirks Oldenburg kurzfristig verbindlich eingeführt werden. Die Schulträger haben die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen geschaffen. Auch der notwendige Bedarf an Lehrern kann schnell befriedigt werden. Da erfahrungsgemäß die Einführung des BGJ nicht zuletzt auch dazu führt, daß mehr Ausbildungsplätze verfügbar werden, ist vor dem Hintergrund der zuletzt von der Arbeitsverwaltung genannten Zahlen (bundesweit 9,3 % weniger Ausbildungsplätze, aber 18,3 % mehr Nachfrager als im Vorjahr) unverzügliches Handeln geboten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hält sie die Voraussetzungen für die verbindliche Einführung des BGJ „Wirtschaft und Verwaltung“ im ehemaligen Verwaltungsbezirk Oldenburg für gegeben?
2. Welche Maßnahmen müssen ggf. noch getroffen werden, um die verbindliche Einführung zu ermöglichen?
3. Ist sie bereit, gemeinsam mit den Schulträgern für eine schnelle Einführung des BGJ „Wirtschaft und Verwaltung“ zu sorgen, möglichst noch zum 1. August 1983?
4. Welchen anderen Termin für die Einführung strebt die Landesregierung ggf. an?

Kaiser  
Bartels  
Funke  
Iserlohe  
Milde  
Theilen  
Thölke  
Zempel

(Ausgegeben am 9. 5. 1983)